

Antrag 162/I/2024**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Wehrhafte Demokratie: alle rechtsstaatlichen Mittel gegen die AfD nutzen**

1 Die Berliner SPD-Abgeordneten in Abgeordnetenhaus und
2 Bundestag sowie die SPD-Mitglieder in Senat und Bundes-
3 regierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, al-
4 le rechtsstaatlichen Mittel in der Auseinandersetzung mit
5 der sogenannten „Alternative für Deutschland (AfD)“ zu
6 nutzen.

7 Im dringenden Bestreben, demokratische Werte und In-
8 stitutionen zu verteidigen und unser Land vor extremis-
9 tischen Bedrohungen zu schützen, sollen:

- 10 • ein Prüfverfahren zum unmittelbaren Verbot der
11 AfD-Bundespartei eingeleitet werden,
- 12 • gegenüber den sozialdemokratischen Innenminis-
13 ter*innen der Länder Prüfverfahren zu gesonderten
14 unmittelbaren Verboten der AfD-Landesparteien
15 angestrengt werden, in denen die AfD als „gesichert
16 rechtsextrem“ gilt,
- 17 • ein Vereinsverbot der Jugendorganisation „Junge
18 Alternative“ angestrengt,
- 19 • die staatliche Parteienfinanzierung der AfD entzo-
20 gen,
- 21 • sowie eine detaillierte Untersuchung bezüglich der
22 Grundrechtsverwirkung einzelner AfD-Funktionäre
23 eingeleitet werden.

24
25 Diese umfassenden Maßnahmen sind entscheidend, um
26 die demokratische Staatsordnung zu bewahren und ex-
27 tremistischen Einflüssen auf verschiedenen Ebenen ent-
28 gegenzuwirken. Die AfD darf nicht in die Position ge-
29 langen, ihre spalterische, demokratiefeindliche, rassisti-
30 sche, fremdenfeindliche und antisemitische Programma-
31 tik mit staatlichen Mitteln, Positionen, Ressourcen um-
32 und durchzusetzen.

33

34 Begründung

35 Nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Besorgnis erregen-
36 den Radikalisierungsentwicklungen innerhalb der AfD,
37 wie dem Treffen von Parteimitgliedern im November 2023
38 zur Planung von Massendeportationen, wird die Einlei-
39 tung eines AfD-Verbots-Prüfverfahrens und die Hinzuzie-
40 hung weiterer rechtsstaatlicher Mittel immer dringlicher.
41 Diese schockierenden Vorfälle unterstreichen die Gefahr
42 extremistischer Bestrebungen innerhalb der Partei, die
43 unserer demokratischen Grundordnung diametral entge-
44 genstehen. Die obigen rechtsstaatlichen Mittel der wehr-
45 haften Demokratie und in letzter Konsequenz somit auch
46 ein Parteienverbot sind der notwendige Schutzmechanis-
47 mus, um die Integrität unserer demokratischen Institutio-

48 nen zu bewahren und extremistische Einflüsse einzudäm-
49 men. Eine Zersetzung von Demokratie und Rechtsstaat
50 von innen muss verhindert werden.